

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Mittwoch den 19. November 1902.

Ergebnis der Stadtverordnetenwahl.

Die heute stattgefundene Stadtverordnetenwahl der III. Wählerklasse ergab folgendes Resultat:

Bezirk	Zahl der Wähler		Abgegebene Stimmen		Sozialdemokratische Partei		Hausbesitzer-Partei		Mietler-Partei	
	1900	1902	1900	1902	1900	1902	1900	1902	1900	1902
I. Wahlkreis.										
1. Stadtverordnetensaal	2323	2173	1306	1152	441	461	721	422	135	269
2. Hopfenstod	2257	2184	1361	1227	517	523	690	414	143	290
Summa	4580	4357	2667	2379	958	984	1411	836	278	559
Gewählt sind die Kandidaten der Sozialdemokratie: Unzufrieden: Schuhmachermeister Reunachbar ; Unzufrieden: Lagerhalter Reuge ; Unzufrieden: Gastwirt Richter .										
II. Wahlkreis.										
3. Restaurant Forkel	813	841	497	474	147	189	283	179	69	106
4. Sanssouci	2258	2314	1422	1448	534	617	707	478	176	353
5. Rathaus Entribsch	590	631	418	422	189	233	180	132	48	57
6. Schlegels Restaurant.	1429	1548	977	1005	428	501	413	286	128	218
Summa	5090	5334	3314	3347	1298	1540	1583	1075	421	734
Gewählt sind die Kandidaten der Sozialdemokratie: Unzufrieden: Kaufmann Reuge ; Unzufrieden: Lagerhalter Reuge .										
III. Wahlkreis.										
7. Schlosskeller	3756	4085	2252	2342	1407	1457	604	419	231	466
8. Gasthof Neustadt	2875	2965	1810	1753	1170	1232	519	295	119	226
Summa	6631	7050	4062	4095	2577	2689	1123	714	350	692
Gewählt sind die Kandidaten der Sozialdemokratie: Unzufrieden: Schriftsetzer Rehmann und Buchbindermeister Roth ; Unzufrieden: Gastwirt Reger .										
IV. Wahlkreis.										
9. Vereinsbrauerei	2469	2547	1398	1421	533	636	532	347	302	438
10. Felsenkeller	2593	2931	1719	2056	1179	1528	375	244	156	284
11. Terrasse	976	1169	726	891	578	737	106	88	42	66
12. Gießkeller	1011	1077	652	712	418	432	164	150	68	130
Summa	7049	7724	4495	5080	2708	3333	1177	829	568	918
Gewählt sind die Kandidaten der Sozialdemokratie: Unzufrieden: Redakteur Rehmann und Schirmsfabrikant Rehmann ; Unzufrieden: Geschäftsführer Johannes ; Unzufrieden: Gastwirt Rege .										

Glänzender Sieg der Sozialdemokratie.

Das ist das Resultat der heutigen Stadtverordnetenwahl der III. Klasse. In allen vier Wahlkreisen sind die sozialdemokratischen Kandidaten, zum Teil mit erdrückender Mehrheit gewählt worden. Die an den Ausgang der Wahl geknüpften Hoffnungen haben sich glänzend erfüllt; nicht nur der zweite Wahlkreis, der uns erst einmal und zwar im Jahre 1895 zuerkannt, ist wieder erobert, sondern auch der erste Wahlkreis, der im festen Besitze der Hausbesitzerpartei war, ist dieser abgenommen worden. Damit ist die Hausbesitzerpartei aus der dritten Wählerklasse hinausgedrängt und, was viel wichtiger ist, ihr Einfluß im Stadtverordnetensaal ist bedeutend beschnitten worden. Die Wähler der dritten Klasse haben in ihrer Mehrheit erkannt, wo sie die wahren Vertreter der Bürgererschaft zu suchen haben und heute ist an der Wahlurne der Hausbesitzerpartei mit aller Klarheit bewiesen worden, daß man mit ihrem reaktionären Verhalten im Stadtverordnetensaal nicht einverstanden ist.

In allen vier Wahlkreisen zeigt sich eine wesentliche Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen. Am meisten hat

unserer Stimmenwahl im vierten Kreise zugenommen, nämlich um 625 Stimmen; dann folgt der zweite Kreis mit 232 Stimmen, der dritte Kreis mit 112 Stimmen und der erste Kreis mit 26 Stimmen mehr gegenüber der letzten Wahl. Insgesamt sind die sozialdemokratischen Stimmen um 995 gewachsen, während die Stimmen der Hausbesitzerpartei um 1840 zurückgegangen sind. Auch die Mietlerpartei hat an Stimmenzahl zugenommen, nämlich insgesamt 1286 Stimmen seit der letzten Wahl.

Von 24465 wahlberechtigten Bürgern haben sich 14901 an der Wahl beteiligt, davon haben 8546 die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Selbst die famose Wahlkreisgeometrie hat die Hausbesitzer vor dem wohlverdienten Durchfall nicht schützen können.

Der Ausgang der heutigen Wahl bedeutet eine Beurteilung des anmaßenden Verhaltens der Hausbesitzer und ihrer Trabanten; sie ist zugleich eine Anerkennung für die bisherige Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten.

Ueber Genossenschaftswesen

Schrieben wir in Nr. 177 vom 4. August. Der Artikel scheint in den Kreisen der Genossenschaftler Aufmerksamkeit erregt zu haben, denn der Wochenbericht der Genossenschaftsgesellschaft würdigt ihn einer eingehenden Widerlegung. Wir finden das sehr erfreulich. Denn nichts kann zur Klärung der Ansichten mehr beitragen, als Rede und Gegenrede. Und allein um Klärung der Ansichten war es uns ja zu thun. Nicht erfreulich dagegen finden wir es, daß es in dem Artikel nicht ganz ohne persönliche Ausfälle abgeht. Wir sind uns bewusst, in unserem Artikel gegen niemand persönlich geworden zu sein, und wir erkennen auch gern an, daß in dem Gegenartikel des Wochenberichts nur wenige Stellen sich finden. Aber hätten die nicht auch noch weglassen können? Da heißt es z. B. mit Bezug auf eine von uns vertretene Ansicht:

„Wer so blind und einseitig ist, daß er diese einfachen Dinge nicht auseinanderhalten kann . . .“

Und am Schlusse heißt es:

„Wenn der, der dies verjagt und zurückgewiesen wird, nunmehr so thut, als werde er seinerseits vergewaltigt, als werde ihm zugemutet, seine Ueberzeugung zu verlegen, so klingt dies zwar recht schlau, wird aber doch kaum tieferen Eindruck machen.“

Wir führen diese Stellen nun nicht etwa an, um ein Pamphlet über „häßlichen Ton“ zu erheben. Nichts liegt uns ferner, als im Streit der Meinungen jedes Wort auf die

Goldwaage zu legen. Gerade umgekehrt, weil der Artikel des Wochenberichts sich im ganzen durch eine angenehme Sachlichkeit auszeichnet, so möchten wir unseren geehrten Widersacher auf obige Entgleisungen aufmerksam machen. Vielleicht erreichen wir damit, daß er — falls er auf unsere heutige Entgegnung eine nochmalige Erwiderung schreiben sollte — auch diese kleinen Verstöße fort läßt, was der Sache nur um so dienlicher sein könnte.

Zur Sache.

Selbstverständlich kann der Wochenbericht unseren Artikel nicht vollständig abdrucken. Er muß sich damit begnügen, seinen Lesern den Inhalt kurz zu skizzieren. Da lesen wir nun das folgende:

„Die sozialdemokratische Leipziger Volkszeitung fragt uns an, daß wir den Arbeitern zumuten, sie sollten ihre sozialdemokratische Haut abziehen, und daß wir sie zur Verimpfung, zum Liberalismus zu führen geeignet seien. . . Sie schilt uns, weil wir bloß Genossenschaftsarbeit treiben wollen.“

Es ist aus dem Zusammenhang nicht ganz klar, wer hier mit dem „wir“ gemeint ist. Gegen die Genossenschaften haben wir derartige Vorwürfe nicht erhoben, sondern gegen die „Hamburger Neutralität“ und gegen die „bekanntesten Propagandisten des Genossenschaftswesens“. Nehmen wir also an, diese letzteren seien gemeint. Der Unterschied ist nicht unwesentlich, er ist vielmehr das wichtigste an unserem ganzen Artikel. Wir haben klar und deutlich ausgeführt: die Arbeiter wären Thoren, wenn sie sich den Vorteil des

gemeinschaftlichen Einkaufs entgehen ließen. Sie sollen sich aber dabei nicht durch die Hamburger Neutralität und durch gewisse Apostel des Genossenschaftswesens auf Abwege führen lassen, die — wenigstens logischer- und konsequenterweise — zur Verimpfung des sozialistischen Denkens führen müßten. Wir legen großes Gewicht auf diesen Unterschied. Denn man wird heutzutage so leicht als „Gegner“ von allem möglichen verschrien. Ist doch heute der Dogmatismus, das Eingeschworensein auf bestimmte Formeln, ganz fürchtbar eingerissen. Wer z. B. über die Genossenschaften etwas anders denkt, als gewisse Genossenschaftsführer, der wird flugs zum „Gegner der Genossenschaften“ gestempelt. Und ebenso behandelt uns der Wochenbericht — wenigstens so halb und halb — als „Gegner der Genossenschaften“, weil wir uns erlauben, über die Genossenschaften und ihre Aufgaben ein Klein wenig anders zu denken als gewisse Genossenschaftsführer. Die Toleranz, die Duldung von anderer Leute Meinung muß doch fürchtbar schwer sein!

Nun die „Hamburger Neutralität“. Diese stellt sich unser Widersacher ziemlich harmlos vor. Er schreibt nämlich unter anderem:

„Wir muten dem Sozialdemokraten weder zu, daß er die sozialdemokratische „Haut“ abziehe, noch daß er in der Versammlung des Konsumvereins aufhöre, Sozialdemokrat zu sein. . . Wohl aber darf und muß ihnen zugemutet werden, daß sie, soweit sie in dieser bestimmten Angelegenheit zusammenwirken, alles beiseite lassen, was nicht zum Gegenstand direkt gehört.“

Wenn man so hört, möchte's leidlich scheinen, steht aber doch innig schief darum. Die Redaktion und vermutlich auch die Mitarbeiter des Wochenberichts legen einen großen Wert darauf, als „Praktiker“ und nicht als „Theoretiker“ zu gelten. Sie führen gern das so oft mißbrauchte Goethesche Wort von der „grauen Theorie“ im Munde. Da ist es doch wunderbar, daß sie diejenigen Unterschiede zwischen Theorie und Praxis, die wirklich bestehen, so schlecht kennen. Auf dem Papier mag dieses Auseinanderhalten von sozialdemokratischer Uebung und genossenschaftlicher Thätigkeit wunderbar in der Praxis geht's aber nicht. Es existiert nur in der Theorie, und zwar in einer falschen Theorie, in einer Theorie, die nicht aus der Praxis geschöpft ist, sondern die aus dem Kopfe heraus ausgedacht ist. Wer Sozialdemokrat ist, der muß immer sozialdemokratisch handeln, als Arbeiter gegenüber seinen Kameraden, als Arbeitgeber gegenüber seinen Angestellten und auch als Konsumvereiner. Das aber ist es, was die „Hamburger Neutralität“ nicht will. Sie stellt den Konsumverein nicht nur als Selbstzweck hin, wie unser Gegner meint, sondern als höchsten Zweck, dem sich alle anderen Zwecke unterordnen müssen. Woher kommt es denn z. B., daß noch fort und fort Streitigkeiten vorkommen zwischen manchen Konsumvereinen und ihren Angestellten? Daher, daß die Konsumvereine sagen: ihr seid hier Mitarbeiter und müßt aus Liebe zur Sache dabei sein; gute Bezahlung, kurze Arbeitszeit und dergleichen könnt ihr erst dann verlangen, wenn der Verein sich das leisten kann; Hauptfache aber ist, daß der Verein besteht, und dafür müßt ihr Opfer bringen. Das verlangt die „Hamburger Neutralität“. Dem gegenüber sagen wir: ein Konsumverein ist ein Unternehmen, das den vereinigten Konsumenten Nutzen bringen soll, nichts weiter. Dieser Nutzen kommt genau auf dieselbe Weise zu Stande, wie der Profit des Kapitalisten. Er ist zum Teil auch aus den eigenen Angestellten gezogen, wie bei jedem kapitalistischen Unternehmen. Deshalb hat der Verein erst dann eine Erstzinsberechtigung, wenn er seinen Angestellten gegenüber mindestens alle gewerkschaftlichen Forderungen erfüllt.

Nun stelle man sich vor, daß ein Sozialdemokrat als Mitglied des Konsumvereins vor die Frage gestellt ist, entweder die Forderungen der Angestellten zu bewilligen oder das Gedeihen des Vereins — nun, sagen wir mal zu verlangsamen. Da tritt die „Hamburger Neutralität“ auf den Plan und erklärt: dein Sozialismus gehört hier nicht direkt her; hier giebt es nur einen höchsten Zweck, das Gedeihen der Genossenschaft; diesem höchsten Zweck müssen sich auch die Angestellten fügen und deshalb sind ihre Forderungen abzulehnen. Wir aber sagen: bist du Sozialdemokrat, so bist du's auch hier; den Profit der Genossenschaft darfst du nicht auf Kosten der Angestellten sichern; also müssen ihre Forderungen bewilligt werden. Ist nun der Konflikt klar? Bestände dieser Zwiespalt nicht, hätte man sich niemals in solchen Dingen „neutral“ verhalten, so hätte es niemals zu den Streitigkeiten kommen können, die zu wiederholten Malen so unliebsames Aussehen erregt haben.

Das ist nur so ein Fall von vielen, wo der „neutrale“ Genossenschaftler in schlimmen Konflikten mit seinem sozialdemokratischen „Gut“. Aber die „Hamburger Neutralität“ verlangt noch mehr, wie wir das in unserem ersten Artikel ausgeführt haben. Sie verlangt, daß die Sozialdemokraten innerhalb der Genossenschaft jeden sozialdemokratischen Schein vermeiden, immer das hervorkehren, was uns mit der bürgerlichen Welt verbinden könnte, und das in den Hintergrund treten lassen, was uns von ihr trennt.